

Die Diskussion lenkt von den eigentlichen Fragen ab

Wachstum oder Nachhaltigkeit – ein Scheingefecht?

Von Gerhard Maier-Rigaud

In der Wachstumsdebatte erscheint die Wirtschaft als natürlicher Feind des Umweltschutzes und umgekehrt. Dabei steht es uns frei, die Ziele unseres Wirtschaftens selbst zu wählen – also auch mehr Nachhaltigkeit.

— Ohne Wachstum herrscht Stillstand und mit Wachstum ist der Weg in schleichende ökologische Katastrophen vorgezeichnet. Weder das eine noch das andere ist eine verlockende Perspektive. Aber Entwicklung, zumal eine nachhaltige, könnte ein attraktives Ziel sein. Doch was ist Entwicklung ohne Wachstum? Und: Schließt nachhaltige Entwicklung wirtschaftliches Wachstum aus? Müssen wir also Wachstumspolitik verteufeln, damit Nachhaltigkeit eine Chance hat? Solche und ähnliche Fragen sind alles andere als semantische Spielereien. Sie

zu stellen heißt, die herrschende ökonomische Begriffswelt ernst zu nehmen. Und das ist ein Fehler.

Die Vertreter der ökologischen Ökonomie im Besonderen haben mit dem vermeintlich gegensätzlichen Begriffspaar „Wirtschaftswachstum“ und „nachhaltige Entwicklung“ der alten Behauptung eine weitere Dimension gegeben, es gebe einen Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie. Sie sind angetreten, gegen die überkommene Wachstumsideologie zu streiten und nachhaltige Entwicklung als konkrete Utopie auszumalen. Ist das nun das definitive Ende der Versöhnungssemantik? Aber mit welchem zusätzlichen argumentativen Rüstzeug könnte dieser Fundamentaldissens zu Gunsten der Ökologie entschieden werden?

Weder kann die Wachstumsideologie mit wirtschaftswissenschaftlichen Kategorien ausgehebelt werden, noch lässt sich das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung in solchen Kategorien vermitteln. Die „beyond growth“-Debatte wird mit begrifflichen Konfusionen geführt, die in politischen Entscheidungs- und Konsensfindungsverfahren nicht entwirrt werden können.

Die Diskussion nützt den Falschen

Die Meta-Diskussion über Wachstum oder Entwicklung ist eine Schimäre. Sie kann endlos fortgeführt werden. Gleichwohl

bleibt sie nicht folgenlos. Erstens lenkt diese Diskussion von den eigentlichen Fragen nach auf Zielen und Instrumenten einer Politik der Nachhaltigkeit ab. Dieser Umstand wurde gerade in der Umweltpolitik durchaus erfolgreich ausgenutzt. Man erinnere sich an die intensive, aber weitgehend abstrakte Diskussion der letzten Jahrzehnte über ökonomische Instrumente. Sie führte nur dazu, dass sich faktisch der alte ordnungsrechtliche Ansatz immer weiter ausbreiten konnte. Ein ähnliches Schicksal erleidet auch die Nachhaltigkeitsdebatte: Sie wird instrumentalisiert als wohlfeile akademische Spielwiese, die dem ökonomischen „business as usual“ den Rücken frei hält.

Zweitens kann es passieren, dass engagierte Politstrategen beginnen, nach einzelnen Politikfeldern zu suchen, die dem Nachhaltigkeitskriterium unterworfen werden könnten. Damit würden sie in einen verhängnisvollen punktuellen Interventionismus verfallen: Was muss geschehen, dass Regionen, Wirtschaftszweige und Unternehmen nachhaltig werden? Was ist eine nachhaltige Finanz-, Geld- oder Lohnpolitik? Was ist eine nachhaltige Renten- und Gesundheitspolitik? Nachhaltigkeit wäre dann kein offenes Leitbild mehr, das Spielraum für die gesellschaftliche Entwicklung lässt: Statt dessen würde die alte

Das Bild der ‚Dreifaltigkeit‘ von Ökologie, Ökonomie und Sozialem ist Ausdruck einer verheerende Niederlage ökologischer Positionen.

bedrohliche Perspektive eines ökologischen Ordnungsstaates mutieren zu der eines „nachhaltigen Ordnungsstaates“.

Die Vertreter einer Politik der Nachhaltigkeit haben die wirtschaftsliberale Krisendiagnose und -therapie ebenso mit Haut und Haaren adaptiert wie die Idee vom freiwilligen Umweltschutz oder den Glauben, dass sich ökologische Strukturen im freien Markt von allein herausbilden. Unter der Dunstglocke der herrschenden Lehre träumen ökologieorientierte Ökonomen von Konsens- und Kooperationslösungen. Sie machen sich beispielsweise nicht klar, dass das Bild von der „Dreifaltigkeit“, also die Gleichgewichtigkeit der Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales, Ausdruck einer verheerenden Niederlage ökologischer Positionen ist (1). Einen Begriff wie „Wirtschaftsverträglichkeit“ zu akzeptieren, bedeutet bereits die politische Neutralisierung des ökologischen Nachhaltigkeitszieles. Gleiches gilt für den heute schon zum wirtschaftsliberalen Standard gehörenden Begriff „nachhaltiges Wachstum“.

Selbst in der deutschen Ökosteuer zeigt sich eine bedauerliche Verneigung vor der neoliberalen Konfusion. Richtig, zielführend und langfristig ohne Alternative ist an ihr die Lenkung über den Preis. Taktisch ist zwar die Ökosteuer auf den ersten Blick gut eingefädelt, weil sie eine doppelte Dividende verheißt: mehr Umweltschutz *und* mehr Beschäftigung. Strategisch erweist sie sich jedoch als Rohrkrepierer, weil der Gesichtspunkt der „zu hohen“ deutschen Arbeitskosten ohne weiteres auch in Bezug auf die „zu hohen“ Kosten des Umweltschutzes gilt. Doch die Protagonisten der Ökosteuer

scheinen noch nicht bemerkt zu haben, dass sie sich wegen der Verknüpfung mit der Diskussion über die Lohnnebenkosten in eine argumentative Schieflage gebracht haben. Wenn es ein durch Kosten verursachtes Standortproblem geben sollte, dann kann man es jedenfalls nicht dadurch lösen, dass die Kosten von einem Produktionsfaktor auf den anderen verschoben werden. Die Industrie hat das längst erkannt und fordert deshalb auch folgerichtig eine „echte“ Kostensenkung, also bei den Lohnkosten und bei den Umweltschutzkosten. Das andere vielbeachtete Argument folgt der neoklassischen Analyse, wonach niedrigere Löhne zu mehr Beschäftigung führen. Vergessen wird dabei die zentrale Annahme eines festgelegten Produktionsvolumens. Sie ist in einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung nicht haltbar. Lässt man sie fallen, dann können niedrigere Löhne wegen der aus ihnen folgenden geringeren Produktivität auch dazu führen, dass das Produktionsvolumen sinkt, während die Beschäftigung unverändert bleibt.

Vier Hausaufgaben für die Wirtschaftstheorie

Statt den Mainstream als Steinbruch zu nutzen, aus dem Richtiges und Konfuses relativ beliebig herausgebrochen werden kann, sollten sich ökologisch orientierte Ökonomen Gedanken über ein spezifisches Wissenschaftsprogramm machen. Vier Elemente eines solchen Programms sollen hier kurz skizziert werden.

Erstens ist die Behandlung des Gutes Umweltqualität in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) endlich auf die Agenda zu setzen. Dabei geht es nicht um statistische Esoterik, um Öko-

sozialproduktsrechnungen und dergleichen, sondern um eine zentrale Ursache des vermeintlichen Konflikts zwischen Ökonomie und Ökologie. In der Begriffslogik der VGR werden Aufwendungen für den Umweltschutz als Vorleistungen für herkömmliche Güter behandelt. Das Gut Umweltschutz selbst hat keine Chance, in den Kreis der Sozialproduktsgüter aufgenommen zu werden. Am deutlichsten wird dieser Effekt beim homogenen Gut Elektrizität: Die milliardenteuren Investitionen für die Rauchgasentschwefelung haben den Strom qualitativ nicht verbessert. Das gleiche Gut wird also nur mit höheren Kosten produziert. Steigende Strompreise müssen daher mit Inflation gleichgesetzt und für die reale Rechnung „deflationiert“ werden. Im Ergebnis gehen also die wirtschaftlichen Anstrengungen in Richtung Nachhaltigkeit gewissermaßen im Deflator unter. Direkt und unreflektiert daran anknüpfend hat der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen vor 26 Jahren in seinem ersten Umweltgutachten die fatale These aufgestellt, Umweltpolitik gleiche „einer Gratwanderung zwischen weiterer Umweltgefährdung, gelungener Anlastung sozialer Zusatzkosten und volkswirtschaftlicher Depression“ (2). Dieses krasse Fehlurteil geistert bis heute durch die Szene: Aufwendungen für die „Produktion“ des Gutes Umweltqualität tragen nicht zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis bei, sondern „beanspruchen“ es. So also wird der Umweltschutz zum Kostgänger der Wirtschaft deklariert und zum bloßen Kostentreiber degradiert. Die notwendigen Argumente, um solche Aussagen als ökonomistische Konfusion ins Lächerliche zu ziehen und damit unmöglich zu machen, sind seit 18 Jahren allgemein zugänglich

(3) und wurden beispielsweise vom Bundesministerium für Wirtschaft bereits vor Jahren vertreten (4).

Zweitens ist die im neoklassischen Ansatz ganz generell angelegte Diskriminierung öffentlicher Güter aufzudecken. Im schlechenden Übergang von der neoklassischen Analyse zur „Marktfundamentalismus“ manifestiert sich nicht nur eine Armut an kritischer Reflexion, sondern auch eine Ausblendung der für die „Great Society“ essenziellen Gemeinschaftsgüter und sozialen Institutionen. Der „Staat“ ist nicht mehr die ordnende und gestaltende Institution, sondern der Störenfried in einer als per se funktionstüchtig verstandenen und sich selbst genügenden „Markt-Gesellschaft“. So schicken sich die Marktfundamentalisten in sendungsbewusster Eintracht an, die gesellschaftlichen Institutionen zu demontieren. Ihre Ziele sind die Ablösung der kollektiven Lohnfindungsprozesse durch individuelle Lohnbettelei, der Rückbau der sozialen Sicherungssysteme und der allgemeine Rückzug des Staates. Letzteres nur dann nicht, wenn es darum geht, der Wirtschaft auf vielfältige Weise den Weg frei zu machen. Hinter dieser Zielsetzung stehen vermeintlich theoretische Einsichten, die aber nichts ande-

res sind als unberechtigte Übertragungen von hypothetischen Modellwelten. Die Ursache dafür liegt in Gedankenlosigkeit. Ein Beispiel sei hier genannt.

Die Umweltökonomie hat sich der Frage der Umweltqualität von vornherein nicht so genähert, wie das bei jedem anderen Gut Standard ist. Nachfragefunktionen werden hier nicht aus Präferenzen und Angebotsfunktionen nicht aus Kosten abgeleitet. In der umweltökonomischen Standardanalyse erscheint das Gut Umwelt nur als abgeleitete Kategorie aus Präferenzen und Kosten für herkömmliche Güter. Umwelt ist kein Gut, sondern eine „Externalität“. Schon begrifflich steckt darin eine ungeheuerliche Diskriminierung. Umweltqualität als Gut oder noch weiter gehend Nachhaltigkeit als überlebenssichernder Prozess wird gespiegelt an Preisen, Präferenzen und Kosten, die auf Märkten herrschen, die gerade dadurch gekennzeichnet sind, dass ökologische Präferenzen nicht relevant sind.

Zu viel Nachhaltigkeit?

Drittens muss dafür gesorgt werden, dass (wieder) klar unterschieden wird zwischen makroökonomischen Zielen und Instrumenten auf der einen und der Durchset-

zung von Präferenzen auf der anderen Seite. Es gibt eine herausragende, solide ökonomische Tradition, die zur Durchsetzung einer solchen Unterscheidung weiter reichende Argumente bei der Hand hat, als sie von ökologischen Ökonomen aufgeboden werden. Das Niveauprobblem, das heißt im Kern das Beschäftigungsproblem, siedelt sie bei den allgemeinen Systembedingungen an. Es fällt in die Zuständigkeit der Geld- und Lohnpolitik, in Ausnahmen der Finanzpolitik, und existiert unabhängig von individuellen Präferenzen und politischen Zielen, von Staatsquoten und technologischen Möglichkeiten. Bei der Frage nach den – auf private und öffentliche Güter gerichteten – Präferenzen geht es um die *Ziele*, für welche die wirtschaftlichen Mittel eingesetzt werden sollen, um die Frage: „Was soll wachsen“? Diese Trennung zwischen der Niveau- und der Strukturfrage ist die *Conditio sine qua non* sowohl für den Einstieg in die Beschäftigungspolitik als auch für die Einleitung einer Politik der Nachhaltigkeit. Erst wenn Angebot und Nachfrage von vor allem öffentlichen Gütern nicht mehr als instrumenteller Ansatz der „Makropolitik“ verstanden und missbraucht werden, kann eine aus sich heraus begründete und ei-

punkt-um.net

Ihre Internet-Plattform zum Infodienst **punkt.um**
für Informationen zu Nachhaltigkeit und Ökologie

Aktuelle Termine – News aus dem Internet – Website-Datenbank
OekoDok: Abstracts-Datenbank zu 70.000 Zeitschriftenartikeln seit 1987

Sie finden uns unter www.punkt-um.net

Woran ich am meisten gewachsen bin

An der Fähigkeit von Wirtschaftswissenschaftlern, die alten Holzwege immer wieder neu zu gehen und den jeweils letzten Stand der Konfusion als logisch zwingend zu begreifen.



Zum Autor

Gerhard Maier-Rigaud, geboren 1940 in Heilbronn am Neckar, Studium der Volkswirtschaftslehre in Karlsruhe und Tübingen. Tätigkeiten in der OECD, im Bundeswirtschaftsministerium und in Forschungsinstituten. Autor zahlreicher Artikel und Monographien zur Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

Kontakt

Dr. Gerhard Maier-Rigaud
Institute for Advanced Speculative Knowledge
Impekoverer Str. 40
D-53347 Alfter
Fon ++49/(0)228/615-2710, Fax -2474
E-Mail g.maier-rigaud@lask.de
www.lask.de

Anmerkungen

(1) Vgl. Maier-Rigaud, G. (1997): Spannungsfeld Ökonomie, Ökologie und Soziales. Unnütze Gefechte und falsche Ziele. In: Politische Ökologie 50, S. 34-37. Zum ersten Mal aufgegriffen worden ist meine Kritik jetzt von Fritz Vorholz (Vorholz, F.: Schröders grüner Modegag. Nachhaltigkeit, das Glaubensbekenntnis aller Umweltbewegten, soll Motto des Regierungshandelns werden. In: Die Zeit, 18. Mai 2000, S. 33).

(2) Vgl. Umweltgutachten 1974, Deutscher Bundestag, Drucksache 7/2802, Ziff. 614

(3) Vgl. H. Flassbeck, H., Maier-Rigaud, G. (1982): Umwelt und Wirtschaft. Zur Diskriminierung des Umweltschutzes in der ökonomischen Analyse. Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze Nr. 88. Mohr/Siebeck, Tübingen S. 20 ff.

(4) Bundesministerium für Wirtschaft (1993): Ökonomie und Ökologie – Aufzeichnung für die Beratung im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages. Bonn (Interessierte schreiben bitte an: g.maier-rigaud@lask.de).

(5) Vgl. G. Maier-Rigaud, G. (1999): Der neoliberale Grundwiderspruch zwischen Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit, GAIA 8, Nr. 3, S. 169-175, sowie die Replik unter dem Titel Stranger than Paradise, GAIA 8, Nr. 4, S. 247 f.

(6) Vgl. Maier-Rigaud, G. (1997): Ordnungspolitische Aspekte der Öko-Audit-Verordnung der EG. In: Maier-Rigaud, G. (1997): Schritte zur ökologischen Marktwirtschaft. Metropolis Verlag, Marburg, S. 207-220

genständige Politik der Nachhaltigkeit eine Chance haben. „Zu viel“ öffentliche Güter, das heißt „zu hohe“ Präferenzen der Bürger für Umweltschutz und Nachhaltigkeit, können dann nicht mehr als Ausrede für die Massenarbeitslosigkeit herangezogen werden (5).

Viertens impliziert der neoliberale oder deutlicher ausgedrückt der marktfundamentalistische Mainstream eine Sichtweise des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft, die gegen eine wirksame Politik der Nachhaltigkeit gerichtet ist. Das Primat der Wirtschaft und die Verbeugung vor den Interessen der Wirtschaft zeigen sich wohl am deutlichsten in den propagierten freiwilligen Selbstverpflichtungen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene (6). Diese „Maßnahmen“ mögen zwar mit punktuellen Fortschritten verbunden sein, aber schon für die bloße Einleitung eines Prozesses in Richtung Nachhaltigkeit sind sie absolut untauglich. Es gibt in der ökonomischen Welt kein „free lunch“: Die Freiwilligkeit hört dort auf, wo Kosten entstehen. Das wissen die Vertreter der Wirtschaft am besten. Deshalb favorisieren sie diese Instrumente. Und ein Staat, der mit Verordnungen drohen muss, demonstriert nur, für wie wenig effizient er sein Steuerungsinstrumentarium hält und wie gering er seinen eigenen Handlungsspielraum einschätzt. Faktisch begibt sich der „Souverän“ in die Rolle eines Bittstellers. Nichts bleibt mehr von der alten liberalen Idee des starken Staates, der selbstbewusst, weil demokratisch legitimiert, der Wirtschaft die Bedingungen setzt. Statt als dynamischer Unternehmer für den Prozess der Nachhaltigkeit zu agieren, täuscht er sich selbst und andere mit „moral sua-

sion“, mit Appellen an die Einsicht von Wirtschaft und Privaten, oder „verhandelt“ an runden Tischen über einen Konsens, der immer zu Lasten der Natur und den zukünftigen Generationen ausgehen muss. Klar, für die Durchsetzung einer Politik der Nachhaltigkeit braucht man Allianzen. Aber wenn diese Allianzen von vornherein vor dem Hintergrund geschmiedet werden, dass kooperative Verfahren vorteilhafte Konsenslösungen ermöglichen, dann bleibt Nachhaltigkeitspolitik ökonomistisch eingemauert. Das wirtschaftliche Kalkül beispielsweise von Filterproduzenten, Fassadenmaurern und Recyclingkonzernen, also der einzelwirtschaftlichen Profiteure des Umweltschutzes, wird zum neuen Datum des ökologischen Handlungsspielraums.

Erst wenn diese Elemente eines Wissenschaftsprogramms hinreichend beackert sein werden, kann sich die ökologische Ökonomie mit dem richtigen Rüstzeug den ökonomischen Voraussetzungen der Zukunftsfrage Nachhaltigkeit zuwenden. Für die Stabilität und Zukunft der Gesellschaft kommt es darauf an, die Vergeudung von Ressourcen zu vermeiden.

Es kommt also darauf an, die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden, die vornehmlich in den Verantwortungsbereich der Geld- und Lohnpolitik fällt, und eine nachhaltige Entwicklung einzuleiten, für die im Marktsystem vornehmlich die relativen Preise Signal und treibende Kraft sind. Welches Wachstum von den „Gesamtrechnern“ am aktuellen Rand der Konjunktur auf dem Weg zu nachhaltigen Strukturen gemessen wird, gehört zu den größten Nebensächlichkeiten. Auf diese „Benchmark“ kommt es nicht an.

Aber noch scheinen wir nicht einmal zu wissen, wie dieses System wieder auf Vollbeschäftigungsniveau gebracht werden kann. Und noch fehlt uns eine solide Vorstellung davon, wie sich Entwicklung überhaupt in Marktwirtschaften durchsetzt. Angesichts dieser Erklärungsdefizite und der ungebremsten Ausbreitung marktfundamentalistischer Konfusionen ist alles andere zu erwarten als ein „Wachstum“ der Nachhaltigkeit. —